

Beilage 54.

Bericht

des volkswirtschaftlichen Ausschusses betreffend die Förderung der Schiffbarmachung
des Rheines bis zum Bodensee.

Hoher Landtag!

Die Herrn Abgeordneten Franz Natter und Dr. Josef Beer haben in der Sitzung des Landtages vom 11. Mai d. J. einen Antrag betreffend die Schiffbarmachung des Rheines eingebracht, nach welchem die Regierung vom Landtage aufzufordern wäre, die Bestrebungen nach Schiffbarmachung des Rheines bis zum Bodensee mit allem Nachdrucke zu fördern.

In der Sitzung vom 18. Mai d. J. hat der Herr Abgeordnete Loser eine Petition der Minorität des Stadtrates in Bregenz in dem gleichen Belange eingebracht. In dieser Eingabe wird verlangt, der Landtag wolle:

- „1 bei der k. k. Regierung nachdrücklichst dahin arbeiten, daß der Staat dem Projekte der Schiffbarmachung des Rheines bis in den Bodensee und der Anlage eines entsprechenden Großhafens in Bregenz die gebührende Aufmerksamkeit zuwendet und in verkehrstechnischer und handelspolitischer Hinsicht die nötigen Maßnahmen zur Durchführung des Projektes trifft;
2. sich prinzipiell für die finanzielle Förderung des Werkes erklären;
3. dafür Sorge tragen, daß das Land in jenen Körperschaften, die sich die Förderung des Projektes zum Ziele gesetzt haben, eine offizielle Vertretung erhalte.“

In beiden Eingaben wird auf die Wichtigkeit dieses Projektes für Vorarlberg hingewiesen. Vorarlberg als das westlichste aller Kronländer der Monarchie sei mehr als jedes andere Land daran interessiert, den Bezug von Rohstoffen und den Absatz fertiger Fabrikate auf dem billigeren Wasserwege verfrachten zu können. Das Projekt der Schiffbarmachung des Rheines bis zum Bodensee begegne daher dem großen Interesse des Landes. Der Landesauschuß hatte bisher wiederholt Gelegenheit, sein Interesse an dieser Frage zum Ausdruck zu bringen. Als im Jahre 1908 der Rheinschiffahrtsverband in Konstanz gegründet wurde, trat er als ordentliches Mitglied mit einem Jahresbeitrage von K 100— bei. Als später ein Landeskomitee gebildet wurde, entsendete der Landesauschuß als seine Vertreter die Herren Landeshauptmann Rhomberg und Oberdirektor Nlz. Im Jahre 1911 handelte es sich darum, zur dringenden Frage der Schleuse beim Augst-Byhler Kraftwerke durch einen Beitrag Stellung zu nehmen. Der Vorarlberger Landtag widmete hiefür den vom österreichischen Arbeitsauschuße der internationalen Vereinigung angesprochenen Beitrag von K 1000.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß anerkennt den sachlichen Inhalt und die Bestrebungen der beiden Eingaben.

Das großzügige Projekt, das von den unmittelbar beteiligten Ländern Baden und der Schweiz bisher mit großen Opfern und starker Initiative gefördert wurde, verdient gewiß auch die besondere Aufmerksamkeit Österreichs. Auch Württemberg und Bayern, die nicht so sehr wie die zwei erstgenannten Länder, sondern ungefähr wie Österreich daran interessiert sind, haben schon seit längerer Zeit diesem Plane die volle Aufmerksamkeit und ihre ernste Mitwirkung gewidmet.

Während die reichsdeutschen Länder in ihrer Gesamtheit ihre Verbindung mit der Ost- und Nordsee haben, würde Österreich durch Vorarlberg und durch seinen Besitz am Bodensee ebenfalls einen Wasserweg nach dem nördlichen Meere erhalten. Welche Umwälzungen besonders auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs dieser neue Weg bringen könnte, läßt sich heute kaum ahnen, es genügt aber die Vorstellung, in den Bregenzer Großhafen die Schiffe einfahren zu sehen, welche im Rheinland oder gar an der Mündung des Rheines überseeische Waren eingefrachtet haben. Es eröffnet sich da durch die direkte Verbindung des Bodensees mit den nördlichen Meeren, wodurch ein Wasserweg in das Herz Europas geschaffen wird, eine Perspektive, die gewiß eher unterschätzt als überwertet wird.

Aus diesen Gründen muß Österreich dieser Angelegenheit seine volle Aufmerksamkeit schenken und mehr als bisher sein tätiges Interesse durch seine Mitwirkung und Förderung im Bunde der fünf Bodenseeländer zum Ausdruck bringen.

Das Land Vorarlberg wird wie bisher auch in Zukunft diese Aktion unterstützen und fördern, insoweit aber das Wort ganz Österreichs gewichtiger ist und insbesondere insoweit es sich darum handelt, die Interessen Österreichs durch finanzielle Mitwirkung zu betätigen, muß der Landtag damit rechnen, daß der Staat entsprechend eingreife.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß stellt daher den

A n t r a g :

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, das Interesse Österreichs, besonders aber des Landes Vorarlberg, an der Schiffbarmachung des Rheins bis zum Bodensee durch eine entsprechende, kräftige Mitwirkung im Vereine mit den anderen Nachbarstaaten zum Ausdruck zu bringen.“

Bregenz, 19. Mai 1914.

Mart. Thurnher,
Obmann-Stellvertreter.

Jodok Fink,
Berichterstatter.